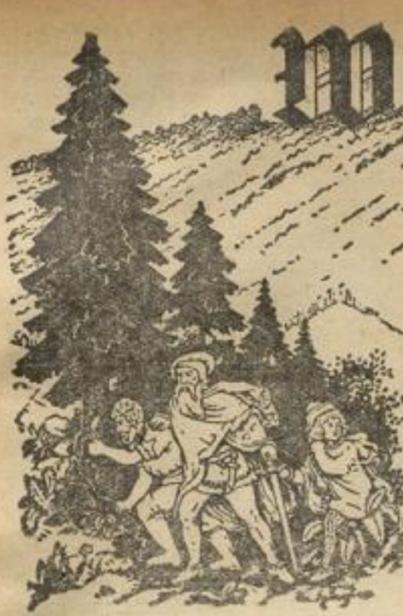


Milobader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal



Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inwendigen Verkehr monatlich 1.70 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enzthalbote & Co., Wildbad; Uffingermeister Gerbermeister Filiale Wildbad. — Postfach Nr. 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Briefe 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restzahlung 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Annoncierung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konfliktfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 96, Telefon 479. — Wohnung: Haus Döcker.

Nummer 270 Fernruf 479 Mittwoch den 18. November 1931 Fernruf 479 66. Jahrgang.

Der Völkerbund und der mandchurische Streit

Der Völkerbundsrat ist am Montag in Genf wieder zusammengetreten, um erneut zu dem chinesisch-japanischen Streit „Stellung zu nehmen“. Vergeblich hat der Rat das heiße Eisen des mandchurischen Teufels ein wenig abkühlen lassen in der Hoffnung, es werde sich von selbst abkühlen und dann leichter anzufassen sein. Statt dessen ist dieses Eisen heute rotglühend geworden und droht immer neue und immer gefährlichere Brände zu entzünden. Der Rat sieht sich so vor der schwierigsten Aufgabe, die ihm jemals gestellt worden ist. Japanische Truppen stehen nun seit fast zwei Monaten auf dem Gebiet einer anderen Völkerbundsmitglied, ohne daß der Rat irgend etwas Ernsthaftes für ihre Zurückziehung und für die Wiederherstellung des früheren Zustands zu tun vermochte, obgleich er von China in aller Form um Schutz ersucht worden ist. Ebenfalls ist es dem Rat gelungen, auch nur den geringsten Einfluß auf beide Staaten zu gewinnen, um kriegerische Zwischenfälle und offene Feindseligkeiten zu verhindern. Man muß sich nur einmal vor Augen halten, was in der Mandchurerei seit dem 24. Oktober geschehen ist, also seit jenem Beschluß auf der außerordentlichen Ratstagung, Japan möge seine Truppen bis zum 16. November wieder in die südmandchurische Vertragszone zurückziehen. Gewiß war das kein rechtlich gültiger Völkerbundsbeschluß, weil Japan widersprach und ihm daher die Einstimmigkeit fehlte. Aber stellte er nicht immerhin eine Willensäußerung von 13 Völkerbundsstaaten dar, darunter England, Frankreich, Italien und Deutschland, und wurde er nicht dadurch noch bekräftigt, daß die Vereinigten Staaten sich ihm im Grundsatz angeschlossen? Trotzdem war es eben kein „Schritt“ der führenden Großmächte, sondern „nur“ ein Ratsbeschluß, auf Grund der Paragraphen des Völkerbundsstatuts, denen sich die einzelnen Staaten nicht aufzuzwingen konnten und noch dazu ein Spruch ohne formelle Rechtsgültigkeit. Gleichzeitig hatten die Japaner sehr bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß sehr maßgebende Mächte es mit ihrer Zustimmung nicht übermäßig ernst meinten.

Jedenfalls hätte die japanische Heeresleitung in der Mandchurerei kaum anders handeln können, wenn man ihr völlige Handlungsfreiheit zugesprochen hätte, oder wenn der Völkerbund nie in Erscheinung getreten wäre. Denn erst nach dieser Oktobertagung des Rats sahen neue japanische Vorstöße bis in die russische Interessenszone, also bis in die Nähe der ostchinesischen Bahn ein, erst danach kam es zu wirklich ernstlichen Kämpfen mit regulären chinesischen Truppen, erst danach ging Japan in großem Stil daran, ihm gefällige Sonder-Regierungen, Behörden oder Truppenteile zu organisieren in der Absicht, mindestens gewisse Teile der Mandchurerei weitgehend unabhängig von der mandchurischen und von der Peking-Regierung zu machen. Und heute spricht man sogar von der Möglichkeit, daß ein „unabhängiges“ Kaiserreich Mandchurerei von Japans Gnaden ausgerufen wird.

In jedem Fall handeln die Japaner einfach nach ihren eigenen Interessen, ohne Rücksicht auf den Völkerbund, dem sie, weder im Guten noch im Bösen, irgend etwas zutrauen scheinen. Tatsächlich muß der Tanz um die Paragraphen, wie er im Völkerbund beliebt wird, ihnen auch lächerlich genug erscheinen. Die mandchurische Wirklichkeit sieht ganz anders aus: ein weites, halbkoloniales Gebiet, auf dem sich der Lebenskampf zweier überbevölkerter Länder, der Kampf um Siedlungsraum und Arbeitsmöglichkeiten, abspielt. Das sind gewaltige, elementare Vorgänge, die sich nicht in Paragraphen zwingen lassen.

Aber auch die Chinesen scheinen erkannt zu haben, daß es nicht genügt, um Hilfe zu rufen, dem Völkerbundsrat allein die Verantwortung für die Befreiung besetzten Gebiets zu überlassen. Ihr militärischer Widerstand hat sich in letzter Zeit erheblich verstreift. Und hier ist der Punkt, wo hinter dem Pulverquast der Gefechte am Nonnfluß plötzlich Sowjetrußland sichtbar wird. Immer wieder kommen Meldungen, daß russisches Geld, russische Waffen, russische Munition und russische Instruktionsoffiziere es den Chinesen erst möglich gemacht haben, an dieser wichtigen Stelle ernstlich Widerstand zu leisten. Damit aber hätte der Kampf um die Mandchurerei eine neue, gefährdendere Wendung erhalten, die zu unvorstellbaren Folgen führen könnte, zumal wenn es sich bewahrheiten sollte, daß die Japaner den Angriff gegen den Stützpunkt dieser russisch-chinesischen Zusammenarbeit, Tschifka, vorziehen.

Die mandchurische Krise war also, politisch wie militärisch, auf einem Höhepunkt angelangt, als der Völkerbundsrat am Montag unter Vorsitz Briands seine dritte außerordentliche Tagung eröffnete. Damit sind alle Probleme, die auch für

Tagespiegel

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hält in nächster Woche mehrere Sitzungen ab, um über wirtschaftliche und politische Fragen schlüssig zu werden.

Die Fraktion der Staatspartei sprach sich in ihrer Sitzung am Dienstag für stärkere Betätigung der Reichsregierung auf wirtschaftlichem Gebiet, gegen das Anschwellen der nationalsozialistischen Bewegung und gegen den politischen Terror aus.

Gegenüber von Blättermeldungen, Reichsfinanzminister Dietrich habe sich für Zulassung von Spielhöhlen in Badeorten ausgesprochen, wird halbamtlich erklärt, der Minister habe anlässlich seiner Wahlstätigkeit in Heßen wohl derartige Besuche entgegengenommen, ohne dazu Stellung zu nehmen.

Der Oberreichsanwalt hat, wie die Blätter berichten, gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Göbbels die öffentliche Klage wegen Hochverrats erhoben. Die Voruntersuchung ist abgeschlossen. Dr. Göbbels wird vorgeworfen, daß er in der Zeitschrift „Nazi-Sozi“ eine Reihe hochverräterischer Äußerungen gemacht haben soll.

Der Völkerbundsrat hat nach geheimer Sitzung am Dienstag vormittag beschlossen, zwecks Erlangung gewisser genauerer Nachrichten die Beratung auf Mittwoch vorfristig zu verlagern. In dieser Sitzung soll dann die nächste öffentliche Sitzung bestimmt werden.

Japanische Blätter wissen bereits zu berichten, daß Puhi, der frühere Kaiser von China — als solcher hieß er Hsuan Tang — in Mukden zum Kaiser der Mandchurerei ausgerufen worden sei. Puhi wurde kürzlich von seiner Gattin geschieden, die eine Abfindung von 50 000 Dollar erhielt und die ihm das Versprechen abgab, daß er sich nicht wieder verheiratet. Puhi stand bisher in Tientsin unter japanischem Schutz und bezog seit 1924 von Japan eine Monatsrente von 250 Dollar; er ist vollständig von Japan abhängig.

Die Washingtoner Blätter betonen die heftige Aufnahme des italienischen Außenministers Grandi bei dem Präsidenten Hoover und andern amtlichen Stellen in Washington, während die Atmosphäre beim Besuch Cavalls frohlich gewesen sei.

Deutschland schon auf der Oktobertagung entscheidend waren, wieder ausgerufen. Wieder wird es sich darum handeln, ob der Völkerbundsrat sein Ansehen und die Artikel des Völkerbundsstatuts für wichtiger hält als eine praktische Friedensförderung. Es muß hier daran erinnert werden, daß der Russeneinfall in die Mandchurerei im vergangenen Jahr binnen weniger Wochen bereinigt wurde und zu keiner ernstlichen Verwicklung führte, obgleich, oder vielleicht weil der Völkerbundsrat sich damals nicht einmischte.

Für Deutschland liegen die Dinge auch heute noch so, daß wir mit China und Japan gleich gute Beziehungen unterhalten und nur den einen Wunsch haben können, daß beide Staaten möglichst bald einen Ausgleich ihrer Interessen finden und daß wieder friedliche und geordnete Zustände im Fernen Osten eintreten. Unerwünscht muß uns jede Ausdehnung und Verschärfung des Streitfalls sein, die England und Amerika von den europäischen Fragen ablenken möchte.

Von besonderer Bedeutung aber wird es wieder sein, jeden Entschluß des Völkerbundsrats daraufhin zu prüfen, wie er unter Umständen als Beispiel für etwaige europäische Streitfälle wirken muß, an denen Deutschland handelnd oder leidend beteiligt wäre. Im deutschen Interesse liegt es auch durchaus nicht, daß in Paris irgend ein Scheitern des Völkerbundsrats vorgebildet wird. Klarheit über unsere wirkliche Lage und über die Unmöglichkeit, vom Völkerbund wahre Sicherheit zu erwarten, ist heute für uns die wichtigste, durch bitterste Erfahrungen errungene Erkenntnis.

Die Konferenz der Innenminister

Rede des Reichsinnenministers Gröner gegen den Terror
Berlin, 17. Nov. Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Gröner begann heute vormittag 11 Uhr die Konferenz der Innenminister im Reichsministerium des Innern. Reichsminister Dr. Gröner eröffnete die Beratungen mit einer Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Der Reichsminister des Innern hat auf polizeilichem Gebiet keine leichte Stellung. Polizeihohheit und polizeiliche Vollzugsgewalt liegen bei den Ländern. Vor einigen Tagen habe ich im Reichsrat die Versicherung ab-

gegeben, daß ich nicht beabsichtige, in die Zuständigkeiten der Landesregierungen ohne Not einzugreifen.

Die Verteilung der Vollzugsgewalt auf die Länder gibt in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen. Mit jeder Maßnahme, die zur Sicherung der staatlichen Autorität ergriffen wird, muß auch ein festes Vertrauen zum Staat gewonnen werden. Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein seiner engeren landmannschaftlichen Zugehörigkeit.

Soll die Trennung von Befehlsgewalt und Vollzugsgewalt unsere Aufgabe fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein. Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken. Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten.

Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staats und seiner Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die aller schwierigsten Entscheidungen auf dem Spiel stehen. Wir müssen dem Herrn Reichkanzler für die Führung der Außenpolitik den Rücken im Innern decken. Ohne diese Deckung ist jede Außenpolitik zum Scheitern verurteilt. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Befriedung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Freilich, durch polizeiliche Maßnahmen allein ist dies niemals zu erreichen. Sollten polizeiliche Maßnahmen gar als Schilfen empfunden werden, so vermehren sie die Unzufriedenheit und können zu einer ersten Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden.

Deshalb muß bei allen unseren Maßnahmen voranstehen, daß Gerechtigkeit waltet und ein gerader Kurs gehalten wird. Darüber zu wachen, halte ich für meine vornehmste Pflicht. Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliche und aufrichtige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reichs. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Maßnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.

In der Verordnung vom 6. Oktober 1931 ist davon abgesehen worden, von Reichswegen ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen zu erlassen. Inzwischen hat die überwiegende Anzahl der Landesregierungen, insbesondere Preußen, ein allgemeines Versammlungs- und Aufzugsverbot erlassen. Es wird sich aus unserer Besprechung ergeben, ob noch Maßnahmen von Reichswegen erforderlich sind.

Ehe wir in die Aussprache eintreten, möchte ich auf einige Ereignisse hinweisen, gegenüber denen mir ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich erscheint. Das sind in erster Linie die Terrorakte, Morde und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die sich erschreckend gehäuft haben und zu einer Kulturhande für Deutschland geworden sind. Es ist dringend erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhindern, oder wo dies nicht möglich ist, der Täter habhaft zu werden und sie einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier muß mit aller Energie zugegriffen werden. Wir müssen in unserer heutigen Besprechung Maßnahmen erörtern, durch welche dieser Mordseuche entgegengetreten werden kann. Es wird den Herren aus der Presse bekannt sein, daß sich die Nationalsozialisten wegen der Morde, die in der letzten Zeit besonders gegen SA-Leute begangen worden sind, an den Herrn Reichspräsidenten gewandt haben, und der Herr Reichspräsident hat mich gebeten, diesen Vorfällen und politischen Mordtaten meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich darf diese Bitte an Sie weitergeben.

Außerdem habe ich gestern von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Weitere Maßnahmen auch nicht polizeilicher Art behalte ich

Die Mundhygiene: **Odol-Zahnpasta** **Odol-Mundwasser** **Odol-Zahnbürste**

mir vor und werde hierüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der kommunistischen Partei mit allen Mitteln und im größten Umfang betriebene Zerkleinerung gegen Reichswehr und Polizei. Sie werden mir zustimmen, wenn ich in dieser Zerkleinerung eines der gefährlichsten Angriffsmittel gegen den bestehenden Staat sehe. Brechen, die hier in das Staatsgefüge eingeschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Die kommunistische Partei ist sich auch, wie aus zahlreichen Zeugnissen belegt werden kann, ganz klar darüber, daß die Zerkleinerungstätigkeit an den zur Verteidigung des Staats berufenen Organen die wesentlichste Vorbedingung für das Gelingen eines Umsturzes ist. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß bis jetzt solche Zerkleinerungsversuche — von wenigen tiefbedauerlichen Ausnahmen abgesehen — an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Ich habe kürzlich bei dem Herrn preussischen Minister des Innern angeregt, der kommunistischen Zerkleinerungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen entgegenzuwirken, und ich bitte die Herren, sich auch hierzu zu äußern.

Neue Nachrichten

Die Kommunisten lehnen ab

Berlin, 17. Nov. Zu der Darnstädt Wahlrede des Führers der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitfeld, der ein künftiges Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten im Kampf gegen die Rechte in Aussicht stellte und die kürzliche Absage der kommunistischen Parteileitung vom „Terror einzelner Gruppen“ als ein Zeichen für die kommunistische Geneigtheit für dieses Zusammengehen deutete, erklärte die kommunistische „Welt am Montag“, die Rede Breitfelds sei eine Banalitätenkammer der bisherigen sozialdemokratischen Politik mit ihrer Verbindung mit bürgerlichen Parteien und ihrer Unterstützung des Kabinetts Brüning. Die katastrophale Niederlage der Sozialdemokraten bei den hessischen Wahlen, die sich bei den Preisenwahlen wiederholen werde, sei ein Beweis, daß die Arbeiterklasse sich von der überlebten Sozialdemokratie abwende.

Von den Blättern wird die Erklärung der kommunistischen Parteileitung, daß die „Anwendung von Einzelterror“ gegen politische Gegner aufhören solle, dahin ausgelegt, daß es sich nicht um eine Annäherung an die Sozialdemokratie handle, sondern daß sie im Zusammenhang mit der Konferenz der deutschen Innen- und Polizeiminister in Berlin am 17. November stehe, auf der nach Zeitungsberichten erörtert werden soll, die kommunistische Partei wegen der zunehmenden Gewalttaten gegen politische Gegner nötigenfalls zu verbieten. Dieser Möglichkeit wolle die Erklärung des Zentralkomitees der KPD. vorbeugen.

Verfassungs- und Umzugsverbot in Anhalt

Deßau, 17. Nov. Die anhaltische Regierung hat alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen sind unpolitische Veranstaltungen dieser Art, die aber der Genehmigung der Regierung unterliegen.

Eine Stadt ohne bürgerliche Vertretung

Schwerin, 17. Nov. In der mecklenburgischen Stadt Gadebusch haben die bürgerlichen Gruppen, die früher auf dem Rathaus tonangebend waren, bei den letzten Stadtverordnetenwahlen keine eigenen Listen mehr aufgestellt. Die Versammlung besteht nun aus 7 Nationalsozialisten und 5 Sozialdemokraten.

Gleicher Schritt in den deutschen Schulden

London, 17. Nov. Die „Times“ schreibt, das Schwergewicht der Unterhausrede Waldwins sei von der Pariser und Berliner Presse verschoben worden. Waldwin habe nicht auf dem Vorrang der privaten Auslandsschulden Deutschlands bestanden, sondern auf das geradezu lebenswichtige Interesse Englands an diesen Schulden hingewiesen. Die britischen Geldgeber hätten selbstverständlich mehr Interesse an den Maßnahmen, die zur Flüssigmachung der eingefrorenen (gestundeten) Schulden ergriffen werden müssen, als an der Zahlung der Reparationen. Diese privaten Kredite geben der Zeit und dem Umfang nach den letzteren vor. Nur dadurch, daß die Geldgeber im Juli auf die sofortige Zurückzahlung verzichteten, sei der Bankrott Deutschlands verhindert worden. Damit sei aber nicht gesagt, daß eine befriedigende Regelung der Reparationen unbeachtlich bleibe, oder daß die Prüfung der deutschen Fähigkeit, die Reparationen zu zahlen, als weniger wichtig anzusehen sei als für die Bezahlung der Bank-

schulden. Welche Untersuchungen müßten im gleichen Schritt vorwärts gehen, falls eine gemeinsame Untersuchung unzulässig sein sollte. Je eher eine solche Untersuchung angeht, um so eher wird es möglich sein, eine Konferenz aller interessierten Mächte abzuhalten, die allein imstande ist, durch gemeinsame Beschlüsse das Finanz- und Wirtschaftsleben der Welt wieder normal zu gestalten.

Kein Abbruch der Indischen Konferenz

London, 17. Nov. Der Ausschuß der Konferenz am Runden Tisch beriet gestern den Vorschlag einer bundesstaatlichen Verfassung Indiens. Entgegen den Erwartungen wurden die Verhandlungen trotz der gegenwärtigen Auffassungen der Hindus und der Mohammedaner nicht abgebrochen, sondern sie sollen fortgesetzt werden. Die Aussichten der Konferenz werden als günstiger betrachtet.

Verständigung zwischen Grandi und Borah

Washington, 17. Nov. Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, sind der italienische Minister des Aeußern und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt. Grandis Stellungnahme zugunsten einer Revision des Versailler Vertrags und einer Aufhebung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedankenaustausch.

Erleichterungen im Fremdgeldverkehr an der Grenze

Berlin, 17. Nov. Reichswirtschaftsminister Treviranus hat in den Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung folgende Erleichterungen für den Grenzverkehr getroffen: Die Eintragungspflicht in den Reisepaß im Grenzverkehr bei Umwechslung von Beträgen von 30 RM. wöchentlich durch Geldanstellungen in Grenzorten und bei Umwechslung von Beträgen bis zu 50 RM. durch Angestellte der Deutschen Verkehrsbank fällt weg.

Keiner besonderen Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle bedarf es im Grenzverkehr: 1. bei der Umwechslung des Erlöses von eingeführten Waren durch ausländische Besucher deutscher Grenzmarkte bis zum Betrag von 200 RM. für jeden Markttag; 2. bei der Umwechslung von Reichsmarktbeträgen durch Personen, die regelmäßig Arbeitslöhne, Gehälter, Renten oder ähnliche Bezüge aus inländischen Quellen beziehen, ihren ständigen Wohnsitz im ausländischen Grenzgebiet haben und regelmäßig die Grenze an einer bestimmten Stelle überschreiten, bis zum Höchstbetrag von 1000 RM. im Monat; 3. bei Umwechslung von Beträgen im ausländischen Grenzgebiet anfallige Personen, wenn die Beträge von einem freien Guthaben bei einer im inländischen Grenzgebiet anfalligen Geldanstalt stammen, bis zum Betrag von 500 RM. je Monat.

Weitere Erleichterungen betreffen die Erstellung allgemeiner Genehmigungen zu Verfügungen über freie Guthaben von Ausländern bei inländischen Geldanstalten im Grenzgebiet. Unter der angegebenen Voraussetzung können allgemeine Genehmigungen nicht auch für Verfügungen über Guthaben erteilt werden, die aus regelmäßigen Zahlungen von Zinsen, Mieten usw. stammen.

Ferner sind zur Erleichterung des Reiseverkehrs für Ausländer und Beauftragte von Firmen, die im Besitz einer allgemeinen Genehmigung sind, Vorkehrungen getroffen, die sie vor Weiterungen bei der Revision ihrer ordnungsmäßig mitgeführten Reichsmark- und Devisenbestände schützen sollen, wenn sie Deutschland verlassen.

Beschärfte Ueberwachung des Außenhandels

Berlin, 17. Nov. Angesichts der ungünstigen Devisenverhältnisse bei der Reichsbank nach deren Ausweis vom 14. November sind strengere Maßnahmen zur Ueberwachung des Devisenhandels ausgearbeitet worden. Eine Verschärfung der Außenhandelskontrolle zwecks restloser Erfassung der Deviseneingänge steht unmittelbar bevor. Die Vorarbeiten für die zu ergreifenden Maßnahmen bei den zuständigen Stellen sind bereits abgeschlossen. Die Verschärfung der Außenhandelskontrolle steht mit der Gestaltung der Devisenlage der Reichsbank im Zusammenhang. Die Reichsbank hat einen Rückgang der Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen um 72,2 Mill. RM. aufzuweisen. Die fortgesetzten Schuldentrückungen an das Ausland sind der Hauptgrund für die Devisenabgänge der letzten Monate. Die bisher ergriffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Devisenzwangswirtschaft haben sich nicht voll ausgewirkt.

Die Neuregelung des Kollfuhrwesens

Berlin, 17. Nov. Ueber die Neuregelung des Kollfuhrwesens wurde unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Treviranus zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Vertretern des Spedition- und Fuhrgewerbes verhandelt. Es wurde grundsätzliches Einvernehmen

über die Beauftragung von Kollfuhreleistungen an Abrechnungsgemeinschaften in Orten mit hohem Kollfuhraufwand erzielt. (Die Spediteure und Fuhrhalter werden sich bei größeren Güterabfertigungen zu Abrechnungsgemeinschaften zusammenschließen.) Nachdem auch für die Kraftfabrikation der Spediteure und Fuhrhalter Einverständnis erzielt worden war, wurde nach Paragrafierung der Richtlinien für Auftragspediteure die Ausarbeitung der technischen Einzelheiten den Vertragspartnern überlassen.

Der japanische Vormarsch

Charbin, 17. Nov. Nach einer amtlichen chinesischen Meldung soll der japanische Angriff an der Nonnibrücke abgebrochen worden sein. Durch japanische Fliegerbomben seien 200 Chinesen getötet und verwundet worden, dagegen haben die Chinesen 6 japanische Maschinengewehre und zwei Feldgeschütze erbeutet.

Der japanische Oberbefehlshaber Honjo erklärt, die japanischen Stellungen seien bis 25 Kilometer nordöstlich der Nonnibrücke vorgeschoben. Die japanischen Verluste in dem Gefecht am 15. November sind noch nicht bekannt.

Die japanischen Beamten und Zivilpersonen haben die Stadt Tsitsihar verlassen und sich nach Charbin begeben, wo eine gespannte Lage herrschen soll; 200 chinesische Polizisten sollen das japanische Viertel beschützen.

Die japanische Regierung hat mehrere Flugzeugabteilungen der Luftregimenter von Hamamatsui und Tatschiarai nach der Mandschurei abgefordert.

Die konservative Presse in England und die Pariser Blätter nehmen nunmehr offen Partei für Japan.

Die Engländer haben es von je mit den „stärkeren Weltauflagen“ gehalten.

Neue Verwicklungen in der Mandschurei

Tokio, 17. Nov. Neuer meldet: Die Verhandlungen des japanischen Oberkommandierenden mit dem chinesischen General Matschangshen haben sich, den letzten Nachrichten aus der Mandschurei zufolge, zerschlagen. Die Meldungen über die Annahme des japanischen Ultimatus sind insofern überholt, als Matschangshen jetzt auf der Notwendigkeit besteht, gewisse Abteilungen zur Bekämpfung der Banden in dem Gebiet südlich der ostchinesischen Eisenbahn zu belassen. Nach einem Telegramm aus Mukden hat er sogar seinerseits ein Ultimatum an die ihm gegenüberstehenden japanischen Streitkräfte gerichtet und die Räumung des Nonni-Gebiets gefordert. Der stellvertretende Chef des japanischen Generalstabs begibt sich heute abend aus wichtigem Auftrag nach Mukden.

Für die Freiheit der Presse

Die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Presse hat sich mit der durch die Rotverordnungen herbeigeführten Beschränkung der Pressefreiheit beschäftigt. Sie protestiert dagegen, daß auf Grund der Rotverordnungen Eingriffe in die Freiheit der Presse vorgenommen werden, die über den Zweck der Verordnungen, politische Ausschreitungen zu bekämpfen, weit hinausgehen. Die Rotverordnungen dürfen nicht dazu führen, den Begriff eines strafbaren Tatbestands bei Veröffentlichungen so weit auszuweiten, daß das Recht der Meinungsfreiheit auf das empfindlichste eingeschränkt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Presse fordert daher, daß die Rechtsunsicherheit beseitigt wird, die durch die Rotverordnungen und durch ihre ungleichartige Handhabung eingetreten ist. Die Freiheit der Presse ist ein für die öffentliche Meinungsbildung unentbehrliches Gut, ihre Wiederherstellung und Sicherung mit größter Beschleunigung anzustreben.

Dehlinger über die Rettung Deutschlands

Ebingen, 17. Nov. Am Sonntagabend sprach auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei Finanzminister Dr. Dehlinger, nachdem er sich nachmittags mit Vertretern der Wirtschaft und der Gemeinden im Eintrachtshaus beredet, in öffentlicher Versammlung in der Turnhalle über das Thema: „Die Rettung des deutschen Volkes aus der Not“. Der Minister zeichnete den Ernst der augenblicklichen Lage und stellte als Ursache der Finanzkrise heraus die Arbeitslosigkeit, die Kriegstribute und die „Bananenleude“, die übermäßige Einfuhr ausländischer Erzeugnisse, die durch einheimische in der Hauptsache wohl ersetzt werden könnten. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wirke sich für die Finanzverwaltung katastrophal aus. Ausländisches Kapital sei Gift für uns und werde zur Waffe gegen uns. Württemberg erweise sich immer noch

Die Spord'schen Jäger

Roman von Richard Stowronnet.

36. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der Kiel des Bootes stieß knirschend auf den Sand. Da fuhr er empor aus seinem Träumen, neben dem vorderen Boot, das an dem langen Stege des Fischerhauses angelegt hatte, stand die Mite Retelsdorf! Nicht im letzten Winkel seines Herzens hatte er mehr an sie gedacht. Aber es war keine Täuschung, sie stand da in ihrem kurzen blauen Rock und der leidsamen hellen Bluse, half den Damen beim Aussteigen. Nichts Wertwürdiges war dabei, wenn die Tochter des Fischers Retelsdorf sich darum kümmerte, daß die Präprieure ihres Vaters ordentlich den Dienst verjahen; er allein wußte, daß etwas Außergewöhnliches passiert war! Unablässig richtete er es so ein, daß er als letzter das Boot verließ, als letzter an ihr vorüberschritt. Sie aber rümpfte ihm zu: „Komm nachher an die Mauer, Hans, ich hab' dir was Wichtiges zu sagen!“

Auf dem Marktplatz, im Schatten der alten Marienkirche, fand eine allgemeine Verabschiedung statt, oben die Turmuhr schlug Eins nach Mitternacht, und die jüngeren Kameraden beschloßen, noch für einen Stehschnitt im Ratskeller vorzusprechen. Hinter den gelblichen Gardinen schimmerte Licht, es war anzunehmen, daß dort nach dem wöchentlichen Regelabend der Agrarier etliche Landjunker saßen, mit dem Würfelbescher auf dem Tische. Die „lustige Sieben“ oben, rechts und links aber die Zahlen von zwei bis zwölf. Die Würfel klapperten, und im Augenblick wußte man, ob man gewonnen oder verloren hatte. Ein Ulas des nüchternen Kommandeurs drohte zwar mit strenger Be-

strafung, aber wenn man hinter einem Kalbsfell herließ, jeden Augenblick bereit, auf höheren Befehl das Leben herzugeben, probierte man's in trägen Friedenzeiten, auch mal mit dem rollenden Würfel. Der Anreiz war nicht ganz so stark, immerhin aber gab es eine Abwechslung. Ein bißchen Landsknecht steckte in jedem Berufssoldaten, und am besten hatte die Psychologie des jungen Leutnants wohl jener berühmte Jägerkommandeur erkannt, der später als oberster Heerführer den Aufstand im Südwest niederschlug. „Meine Herren“, hatte er gefagt, als er das Kommando des Bataillons Spord übernahm, „vor allem warne ich Sie vor dem Teufel! Ich selbst habe als junger Dachs von Leutnant dabei ein halbes Vermögen verloren.“ Und der jetzige Kommandeur sah auch nicht aus, trotz aller soldatischen Strenge, als wenn ihm Menschliches allzu fremd gewesen wäre...

Der Leutnant von Naugaard kämpfte einen schweren Kampf, als die andern lächelnd die Stufen zum Ratskeller hinabschritten, aber es ging auf den Letzten des Monats, nur dünn klapperten noch die Zehnen im Beutel, und gar zu kläglich wäre er sich vorgekommen, wenn er schon nach den ersten paar Schlägen hätte aufhören müssen. Unbar spielte er nicht; wenn das Leben als Einfaß stand, wußte er sich andere Zerstreuungen, da drüben unter den hohen Buchen der Rohnsteiner Forst...

Langsam ging er vom Marktplatz hinunter, an dem eisernen Gitter der Kaserne präsentierte der Posten, leise schritt er die langen Korridore entlang, an Mannschaftsstuben vorbei, aus denen dröhnendes Schnarchen klang; es hangte ihm doch ein wenig vor der Auseinandersetzung, die jetzt kam. Was konnte das arme Mädel dafür, daß er plötzlich seinen Sinn geändert hatte und ihm den Abschied

zu geben gedachte? Und wie wurde alles, wenn Mite ihn nicht freigab, sich klammernd an ihn hielt? Ohne einen gutwilligen Verzicht gab es keinen Schritt weit in das erträumte neue Leben...

Ein paar Minuten später stand er in einem dunkeln Räuberzivil an der Mauer des Kaffingartens, schwang sich hinüber, und auf der anderen Seite fingen ihn ein paar weiche Mädchenarme auf.

„Gott sei Dank bloß, daß ich dich wiederhab' Hans, Gott sei Dank!“

„Weshalb denn?“ erwiderte er ein wenig unwirsch, denn etwas in seinem Innern bäumte sich gegen die unverdiente Liebesojung. „Ist denn was passiert, daß du um mich Angst habtest?“ Da berichtete sie hastig: gegen Mittag wäre der alte Jochen aus Rohnstein im Fischerhose gewesen, unter einem nichtigen Vorwande, hätte allerhand törichte Fragen gestellt und wäre schließlich mit der Erzählung heraustrück, der Wilddieb hätte in der vergangenen Nacht den Boban erschlagen, und der Herr Forstmeister würde sich nicht mehr kennen vor Zorn. „Bei diesen Erzählungen aber“, so schloß sie, „lah er mich immerfort scharf an, und ich merkte: Da ist was nicht richtig, sie sind dir auf der Spur!“

Der Leutnant von Naugaard lachte höhnisch auf, ein schöner Aushorcher, der so unbeholfen zu Werke ging! Aber das Lachen kam nicht von Herzen, innerlich war ihm recht bekommen zumute.

„Na, und?“

Die Mite Retelsdorf sah, scheinbar ganz gleichgültig, über ihren blühenden Rosenkranz ins Weiße, in ihren mattschimmernden Augen spiegelte sich ein Mondstrahl.

Fortsetzung folgt.

Hypothekenaufwertung. Auf den 1. Januar 1932 konnten die Aufwertungshypotheken erstmals mit einjähriger Frist gekündigt werden. Dem Schuldner stand innerhalb von 3 Monaten nach Eingang der Kündigung das Recht zu, bei der Aufwertungsstelle beim Amtsgericht eine Hinausschiebung des Kündigungszeitpunktes zu beantragen, wenn er geltend machte und nachweisen konnte, daß es ihm nicht möglich sei, ein entsprechendes neues Darlehen zu tragbaren Bedingungen zu erhalten. Viele Aufwertungsschuldner haben von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht, weil sie nach den damaligen Verhältnissen an Geld- und Hypothekenmarkt annehmen konnten, ohne Schwierigkeiten neues Geld zu bekommen. Seitdem haben sich nun aber die Verhältnisse derart verändert, daß es die Reichsregierung für notwendig erachtete, den Aufwertungsschuldnern durch Notverordnung vom 10. November 1931 von neuem die Möglichkeit zu geben, bei der Aufwertungsstelle eine Verlängerung der Zahlungsfrist für gekündigte Aufwertungshypotheken zu beantragen. Diese neuen Anträge müssen aber bis spätestens 30. November 1931 bei der Aufwertungsstelle beim Amtsgericht eingegangen sein. Spätere Anträge sind wirkungslos.

Sitzung des Gemeinderats vom 17. November 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 16 Mitglieder, außerdem ein Zuhörer.

1. Die wirtschaftliche Notlage spiegelt sich wieder in der großen Fülle des Behandlungsstoffes, der unter Punkt „Fürsorgefachen“ in einstündiger nichtöffentlicher Sitzung und bei Anwesenheit der Herren Stadtpfarrer beider Konfessionen erledigt wurde.

2. **Verbilligter Kohlenbezug durch die hiesigen Kohlhändler.** Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Kohlenyndikats, wonach an die Wohlfahrtsvereinslosen Bezugscheine auszugeben werden können und der Preis für einen Zentner Unionbriketts sich dadurch um 20 Pfennig verbilligt; 10 Pfennig vom Kohlenyndikat und 10 Pfennig durch die Kohlhändler. Der Stadtkasse selber entsteht dadurch keine finanzielle Belastung. Nach Rücksprache mit den hiesigen Kohlhändlern ist bei diesen keine große Geneigtheit für den Plan vorhanden; auch Stadtrat Kueh spricht sich ablehnend aus, weil wohl alle Bewohner mit Brennstoff (Holz usw.) eingedeckt seien. Stadtrat Vott ist anderer Ansicht und regt an, daß die Sache öffentlich ausgeschrieben wird, um festzustellen, wie groß die Zahl der Meldenden ist. Der Gemeinderat ist hiemit einverstanden.

3. **Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung.** In einer Eingabe ersucht der Vorstand des Gewerbevereins und der Gewerbeschule um einen Beitrag für den Vorbereitungskurs zur Meisterprüfung. Schon die bisherigen Kurse wurden durch einen Beitrag seitens der Stadtkasse unterstützt, so der letzte mit 250 Mark bei 10 Teilnehmern. Da die jungen Handwerker die Kosten allein nicht tragen können und auch die Stadtgemeinde ein Interesse an dem Nachwuchs von jungen Meistern hat, bewilligte der Gemeinderat auch für den diesjährigen Kurs einen Beitrag von 180 Mark bei einer Teilnehmerzahl von fünf Personen.

4. **Fortbildungsschule.** Die allgemeine Fortbildungsschule wird im Laufe des Winterhalbjahres nur von fünf Schülern besucht. Bei einer Mindestzahl von fünf Schülern ist dem Gesetz nach eine besondere Fortbildungsschule einzurichten. Vom Ortschulrat wird empfohlen, daß diese fünf Schüler Dienstag und Donnerstag von 2 bis 4 Uhr nachmittags am Unterricht der 8. Klasse der Volksschule teilzunehmen haben. Die Kosten für die Fortbildungsschule sollen dann zur Verbesserung des Unterrichts in den Klassen 3, 4 und 5 dienen, die eine große Schülerzahl aufweisen. Ein Mehraufwand für die Stadtkasse entsteht dadurch nicht. Nach näherer Erklärung durch Stadtrat Pfau wird die Eingabe des Ortschulrats gutgeheißen und vom Gemeinderat genehmigt.

5. **Schwimmbadöffnung.** Das Gesetz der Stadtverwaltung an die Badverwaltung um Übernahme der Kosten für Offenhaltung des Schwimmbades an bestimmten Tagen im Winter wurde von der Badverwaltung abschlägig beschieden, weil ihr keinerlei Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Der Ortschulrat hat sich auch mit der Schwimmbadfrage befaßt und mit 7 gegen 1 Stimme beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, nochmals mit der Badverwaltung in Verbindung zu treten, daß das Schwimmbad wenigstens einmal im Monat über den Winter geöffnet wird unter teilweiser Unterstützung der Badverwaltung. Die Aussprache über diesen Punkt der Tagesordnung war sehr reger; die Stadträte Fritzsche, Stephan, Pfau und Klotz sprechen sich dahin aus, daß das Schwimmbad geöffnet wird. Es wurde ausgeführt, daß vom Staat aus der Schwimmunterricht empfohlen werde; überall würden Schwimmhallen erbaut; hier sei ein staatliches Schwimmbad vorhanden, das aber über den größten Teil des Jahres geschlossen sei. Auch der gesundheitliche Wert des Badens in einem größeren Bassin für unsere Jugend und für Erwachsene wurde gebührend hervorgehoben. Stadtrat Waidele ist für die Bewilligung eines Betrages für Offenhaltung des Schwimmbades nicht zu haben; solange den Armen an der Unterstützung abgesehen würde und Kinder mit hungrigem Magen in die Schule kommen, kann er keinen Betrag für Schwimmunterricht bewilligen. Der Redner hält die Badgelegenheit in der Volksschule zur Befriedigung des Reinlichkeitsgefühls für genügend. Stadtrat Vott führt aus, daß der Arbeiterjugend auch viel am Turnen und Schwimmen liege; das staatliche Schwimmbad sei nicht nur für die Fremden da, sondern auch für Einheimische; man müsse die Landtagsabgeordneten auf diese Sache aufmerksam machen. Stadtrat Huzel spricht von Bürokratismus; auf der einen Seite würde empfohlen, gesunde Kinder zu erziehen und der Schwimmunterricht zur Pflicht gemacht; auf der anderen Seite sei hier Gelegenheit, daß die Kinder baden können, die aber nicht ausgenützt würde. Stadtrat Brachhold erklärt, wenn die Badverwaltung keine Mittel für Inbetriebnahme des Schwimmbades im Winter habe, so müsse auch er als Stadtpfeger sagen, daß die Stadtkasse im Hinblick auf die großen Fürsorgefachen keine Mittel hierfür bereitstellen könne. Stadtrat Kappelmann macht den Vorschlag, man solle sich nicht für den ganzen Winter festlegen, sondern die Deckung des Schwimmbades einmal versuchen; wenn dann der Zuschuß zu groß sei, könne man den Versuch wieder aufgeben. Dieser Vorschlag wurde dann auch mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen und als Tag der Deckung des Schwimmbades der 12. und 13. Dezember bestimmt. Ortschulrat und Gemeinderat können es aber nicht begreifen, daß in einer Gemeinde mit 5300 Einwohnern ein Schwimmbad die größte Zeit des Jahres nicht in Betrieb genommen bzw. vom Staat kein Zuschuß geleistet wird. Der Vorsitzen-

derererei Ausbitteldienste leistete und sie zur Entnahme von Geld aus der Ladenkasse benötigte, ist der Besitzer auf die Spur gekommen. Die Diebstähle dauern schon geraume Zeit und belaufen sich auf mehr als 500 RM. Er verwendet das Geld zu Schleichereien und zur Anschaffung von allerhand sporadischen Artikeln, wobei er auch seiner Freunde großmütig gedachte.

Hall, 17. Nov. Versuchter Totschlag. Das Schwurgericht hat den am 27. Februar 1911 in Schwarzenberg (Bayern) geborenen, zuletzt in Walsmannshofen O. Mergentheim bedienstet gewesen, ledigen Dienstknecht Wolfgang Breu wegen zweier Verbrechen des versuchten Totschlags, sowie wegen unbefugten Wassertragens zu der Gefängnisstrafe von 8 Monaten, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Todesstrafe für Kindsmord. Der angeklagte Landwirt Karl Josef Schmitt aus Rot O. Mergentheim war beschuldigt, in der Nacht auf 24. Juli sein neu geborenes Kind mit Borjag und Ueberlegung in einem Wassereimer ertränkt zu haben. Der Angeklagte war geständig. Mitangeklagt war die Ehefrau Veria wegen gemeinschaftlichen Totschlags. Sie wurde wegen Totschlags zu der Gefängnisstrafe von zwei Jahren und neun Monaten und Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, ihr Mann neben der Todesstrafe zu deren dauernden Abkennung verurteilt. Die Angeklagten wurden weiter zur Tragung der Kosten verurteilt.

Reutlingen, 17. Nov. Neues Kinderheim. Die neu erbaute Kleinkinderschule an der Kurrerstraße wurde gestern vormittag ihrer Bestimmung übergeben.

Reutlingen, 17. Nov. Opfer des Verkehrs. Als der 72 J. a. Geschäftsführer Wendler die Lindachstraße überqueren wollte, geriet er unter einen Personentruckswagen. Er wurde in schwerem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert, wo er verstarb.

Zwevenberg O. Calw, 17. Nov. Erschwerter Einbruch. In der Nacht auf Sonntag statteten zwei Einbrecher dem Laden der Firma W. Hamann hier einen Besuch ab. Die Täter haben mit Einbruchwerkzeugen gearbeitet, bohrten ein Loch in die Tür und konnten so das Schloß öffnen. Es stahlen ihnen hauptsächlich Kleidungsstücke wie Gummimäntel, Unterhosen, aber auch Fahrradteile in die Hände. Den Tätern ist man auf der Spur.

Kornwestheim, 17. Nov. Zur Bürgermeisterwahl. Die Sozialdemokratie und die Demokratie haben sich entschlossen, bei der Bürgermeisterwahl am nächsten Sonntag die Kandidatur von Bürgermeister Seebich-Ebersbach (Fils) zu unterstützen. Die Nationalsozialisten und der Bauernbund haben sich für Syndikus Dr. Rühling-Stuttgart entschieden.

Oeshingen O. Rottenburg, 17. Nov. Seltenes Jagdgliück. Ein seltenes Jagdgliück hatte am letzten Samstag Waldmeister Luz von hier im Waldteil „Eisberg“. Auf der Suche nach einem Jagdhund, der seit der letzten Treibjagd vermisst wurde, kam er an einen Fuchsbau, aus dem er nacheinander drei Füchse erlegen konnte. Zuletzt kam auch der gesuchte Hund zum Vorschein.

Hörsinghausen O. Laupheim, 17. Nov. Verhängnisvoller Sturz. Der anfangs der zwanziger Jahre stehende Sohn der Familie Erising in Jeshöhe wollte mit dem Gewehr Ratten schießen. Dabei ging der ihm bereits geladen übergebene Stutzen unglücklichweise vorzeitig los, traf den Bruder in den Unterleib, so daß er vom Arzt sofort ins Krankenhaus Ulm eingeliefert und einer Operation unterzogen werden mußte. Die Operation nahm einen guten Verlauf.

Altheim O. Laupheim, 17. Nov. Unfall. Gestern geriet der Sohn des Ziegeleibesizers Grehl beim Kohlrabenmahlen dem Messer zu nahe und wurde schwer verletzt.

Bausstetten O. Laupheim, 17. Nov. Waldfrevel. In der Dunkelheit waren zwei Holzdiebe aus Laupheim im Gemeindefeld damit beschäftigt, eine schöne Tanne umzufällen und sie zu Brennholz aufzubereiten. Ein Landjägerbeamter aus Laupheim erwiderte sie und stellte ihre Personalmittel fest. In Stohmaiers Wald auf Markung Oberfulmungen sind Holzdiebe seit langem an der Arbeit. Sie wurden vor einigen Tagen von der Tochter des Besitzers überführt und aus dem Wald verwiesen. Die Diebesgesellschaft ließ sich aber nicht stören, sondern nahm eine drohende Haltung gegen das Mädchen ein.

Grünigen O. Riedlingen, 17. Nov. Schwere Unglücksfall. Samstag vormittag verunglückte auf der Riedlinger Bahnverladestelle beim Aufladen von Kalk Josef Ebealt sehr schwer. Als ein Zug dabersfuhr, schauten die Pferde am Brückenwagen und rasten davon. Ebe wurde heruntergeworfen und blieb mit einem schweren Schädelbruch liegen.

Willershofen O. Leutkirch, 17. Nov. Ehrenpatte. Reichspräsident v. Hindenburg hat für den am 27. Okt. d. J. als lebendes Kind geborenen Sohn Adalbert des Josef Bareth die Ehrenpatenschaft übernommen.

Bei der Ortsvorsteherwahl wurde wiedergewählt: In Binzeln O. Oberndorf Bürgermeister Moser, in Schömburg O. Neuenbürg Bürgermeister Hermann, in Böllkofen O. Saulgau Bürgermeister Frigenzsch. — Neu gewählt wurde in Rotesol O. Neuenbürg Verwaltungspraktikant Alfred Huber von Bissingen O. Ludwigsburg.

Von der bayrischen Grenze, 17. Nov. Eigenartiger Eisenbahnunfall. — Das Beispiel Watuschkas. Zwischen Weitingen und Langweid kreuzen sich ein beschleunigter Personenzug und der Berliner Schnellzug. Vermutlich stand bei dem Personenzug eine Tür offen, die beim Vorbeifahren des Zugs an der Lokomotive des Schnellzugs aufsprallte. Dadurch löste sich von der Tür ein Stück Eisenblech, das den Heizer des Schnellzugs, Simon Baierlein aus Nürnberg, am Arm schwer verletzte. Der Schnellzug mußte in Weitingen anhalten, wo der Verletzte im Stationsgebäude die erste ärztliche Hilfe erhielt. Der linke Arm wurde am Ellenbogen zerplittert, so daß er wahrscheinlich abgenommen werden muß. — Ein 16jähriger, geistig beschränkter Dienstknecht in Taphheim wollte den Eisenbahnpatienten Watuschka nachahmen. Zu diesem Zweck legte er auf das Bahnsteig eine Anzahl Steine und setzte mit starken Stricken den Signalmast außer Betrieb. Dadurch brachte er den bald darauf kommenden Personenzug zum Stehen. Den gleichen Anschlag wiederholte er bei dem darauffolgenden Güterzug, den er ebenfalls zum Stehen brachte. Zum Glück hatten diese beiden Streiche außer kleinen Augenverletzungen keine schlimmen Folgen. Der Bursche wurde am Tatort von Bahnbediensteten festgenommen.

als Ordnungszelle im Reich und habe auch heute noch gesunde Verhältnisse; aber diese leiden durch die Verteilung unserer Finanzpolitik mit der des Reiches. Für die württembergische Finanzpolitik sei unentwegter Grundsatz: keine Ausgabe ohne Deckung. Württemberg sei bisher immer imstande gewesen, die Beforderungen der Beamten in zwei Raten zu bezahlen, während Preußen bereits vier Raten benötige. Den Gemeinden habe die starke Hand gezeigt werden müssen. Es sei das Bestreben vorhanden, die Steuern gerecht zu verteilen; hiebei sei die üble Lage der Landwirtschaft stark berücksichtigt worden. Im weiteren zeigte der Minister, welche Ziele er im Auge habe mit der langfristigen württembergischen Schweizeranleihe und welche verschleuderten Worte auch für das Reich aus derselben erwachsen. Für 1931/32 sei der Ausgleich im Etat vorhanden. Die Ausgaben seien um 20 Prozent gedroffelt. Der Gelamiusfall an Einnahmen belaufe sich auf 45 Millionen Mark. Er arbeite nicht mit verstopften Restmitteln, wie der Beamtenbund ihm vorgeworfen; dazu sei jetzt keine Zeit und er sei nicht allein verantwortlich. Die Länder seien die Gerichtsvollzieher des Reichs. Für das wachsende Defizit müsse Deckung gesucht werden; es sei deshalb für spätestens 1. Januar 1932 eine neue Gehaltskürzung in Aussicht zu nehmen, an der jedoch in Württemberg die letzterfolgte Prozentige Kürzung abgerechnet werde, so daß der Abzug in Wirklichkeit noch 5 v. H. betrage. Von unserem finanziellen Zusammenhang mit dem Reich ist der Minister wenig erbaut; an derwärts werde verbraucht, was wir in Württemberg schaffen und ersparen. Unsere Staatshoheit müsse erhalten werden. Mit Notverordnungen könne weiter nicht geholfen werden; es gelte jetzt, rasch das Rad herumzudrehen und auf ein anderes System einzustellen. Wir brauchen Arbeit, Wehrhaftigkeit, Religion und große Ideen und den Glanzen an Deutschlands Auf- und Befreiung von inneren und äußeren Feinden. Das „Weiteranieren“ müsse jetzt ein Ende haben. Wir müssen uns befreien von Tribut und Kriegsschuldlagen. Verständigung mit Frankreich sei nicht leicht. Im Innern müsse der Tarifwangel fallen; die Tarife steigern die Arbeitslosigkeit. Starre Löhne hindern die Ausfuhr. Wir brauchen die Rückkehr zur Nationalpolitik. Vor allem müsse die landwirtschaftliche Rente und die Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung gehoben werden.

Württemberg

Stuttgart, 17. November.

Hohes Alter. Am 18. November wird Stadtpfarrer a. D. Friedrich Reidel in Degerloch 80 Jahre alt. Der Jubilar hat sich um die Erziehung der württ. Kirchengeschichte größte Verdienste erworben. Er gehört zu den vier Bearbeitern der Calwer Württ. Kirchengeschichte, die vor 38 Jahren erschien und mit ihrem reichen Material dauern den Wert behält. Außerdem war er zwanzig Jahre lang (1897—1916) Schriftleiter der Blätter für württ. Kirchengeschichte.

Zum Fall Dehn. Abg. Heymann (Soz.) erhebt in einer Anfrage an das Staatsministerium Widerspruch gegen die Kundgebung des Allgemeinen Studentenausschusses (Asta) der Universität Tübingen für die Hallenser Studentenschaft in deren Kampf gegen Dehn. Abg. Heymann verlangt, daß das Staatsministerium derartige Kundgebungen verbiete und dem Asta eventuell die Erhebung von Pflichtbeiträgen der Studierenden entziehe.

Studentenschaft und freiwilliger Arbeitsdienst. Der Vorstand der Stuttgarter Studentenschaft ruft die Studenten zum Beitritt in den freiwilligen Arbeitsdienst auf. Von jedem Hochschulabsolventen wird erwartet, daß er, solange er eine Anstellung nicht findet, an den Arbeitslagern des freiwilligen Arbeitsdienstes ein Jahr teilnimmt. Zur Durchführung und Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes soll eine rechtsfähige Organisation geschaffen werden, deren Zweck und Aufbau im Einvernehmen zwischen Rektorat der Technischen Hochschule und Vorstand der Studentenschaft in besonderen Satzungen festgelegt werde.

Tagung der Ingenieure. Am Sonntag fand die Hauptversammlung des württ. Bezirksvereins deutscher Ingenieure statt. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Madelung, gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Staatsrats von Bach. Der Direktor des Vereins deutscher Ingenieure, Prof. Dr. Hellmich, sprach dann über das Verhältnis des Menschen von heute zur Technik.

Der Heselacher Landfriedensbruchprozeß. Am 21. Mai d. J. veranstaltete die Stuttgarter Ortsgruppe der Nationalsozialisten einen Kundgebungszug nach Heselach, der als Vorstoß in das „rote Heselach“ bezeichnet war. Dabei kam es zu außerordentlich schweren Zusammenstößen mit politischen Gegnern. Nun wurde gegen 23 Beteiligte vor dem Erw. Schöffengericht Stuttgart Anklage wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Aufruhr, unerlaubten Waffensitzes und Beleidigung von Polizeibeamten erhoben. Zu der Verhandlung, die geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, sind 25 Zeugen geladen.

Landfriedensbruch-Prozeß. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte gestern 7 Arbeiter von Ellingen wegen Körperverletzung und Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 3 bis 6 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Anklage lagen die Vorgänge zugrunde, die sich am 19. September im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung abgespielt hatten.

Todesfall. Im Alter von 74 Jahren ist hier Jureller Wilhelm Vachemaler gestorben. Der Verstorbene hatte sein in weitesten Kreisen bekanntes Geschäft in der Marienstraße.

Widerstand und Beamtenkündigung. Der Schnellrichter hat den Redakteur Adolf Maubach von der Süddeutschen Arbeiterzeitung wegen Widerstands und Beamtenkündigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Maubach hatte bei einer Hausdurchsuchung gegen Polizeibeamte ausgetreten.

Höhere Prüfung für den Volksschuldienst. Auf Grund der im September und Oktober ds. J. in Tübingen abgehaltenen Prüfung haben 14 Teilnehmer und 3 Teilnehmerinnen, darunter eine Klosterkloster, die Befähigung für die höheren Stellen im Volksschuldienst erlangt.

Vom Tage. In einem Hause der Wiesenstraße in Cannstatt wurde ein 72 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Aus dem Lande

Röngen O. Ehlingen, 17. Nov. Ertrappter Dieb. Einem Geldmarder in der Person eines 16jährigen Burschen, der seit längerer Zeit in einer hiesigen Wirtschaft und

de erwähnt noch im Zusammenhang hiezu die Füllung des Schwimmbades mit Thermalwasser und dadurch eine stärkere Benützung durch Fremde aus der näheren und weiteren Umgebung.

6. Sonstiges. Das Stadtbauamt teilt mit, daß die Lieferung von 250 Meter Steinzeugröhren mit 25 Zentimeter lichte Weite für die Kanalisation der Bismarckstraße bis oberhalb der Turnhalle an die Firma Laris, Stuttgart vergeben worden sei; der Preis beträgt 4.45 Mark pro lfd. Meter. Der Vorsitzende teilt mit, daß Herr Architekt Weische del ihm mitgeteilt habe, daß die Aussicht bestehe, daß weitere fünf Wohnhäuser oberhalb der Turnhalle erstellt werden, was allgemein begrüßt wurde. Stadtrat Bött stellt die Anfrage, wann nun endlich mit der Erstellung des Zufahrtswegs zu den neuerbauten Häusern oberhalb der Turnhalle begonnen wird. Stadtrat Weidlich ist der Ansicht, daß es den Anschein habe, daß alles liegen bleibe und nichts in Angriff genommen würde, wenn der Vorsitzende nicht da sei. Der Vorsitzende entgegnet, daß der Stadtbauamtschef die Anweisung habe, unverzüglich mit den Arbeiten zu beginnen. Nachdem der Stadtbauamtschef angewiesen ist, erklärt dieser, daß am nächsten Montag mit den Arbeiten begonnen wird. — Die Anbringung einer weiteren Laterne an der Calenbergstraße bei den Neubauten Himmel und Kling wurde genehmigt. — Die Freiwillige Feuerwehr beantragt die Anschaffung von Gasdruckeinrichtungen und Sauerstoffapparate mit einem Aufwand von 1000 Mark. Die Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens trägt von den Kosten für Gasdruck 20%, für Vließung des Gasdruckraumes 10%. Alle Redner sprechen sich für die Anschaffung aus, weil sie der Allgemeinheit diene; bei Anschaffungen für die Feuerwehr sei noch nie nein gesagt worden, weil alles zur Erhaltung von Menschenleben in Gefahr diene. Die Vorlage wurde vom Gemeinderat einstimmig genehmigt. — Der Vorsitzende gibt ein Schreiben des Vorstandes der Realschule bekannt, worin der Dank der Unterrichtsverwaltung für den Ausbau der Wilhelmsschule und für die hochherzige Stiftung des Herrn Bürgermeister Baehner ausgedrückt wird. — Durch den Tod des städt. Arbeiters Wilhelm Horkheimer ist die Stelle erledigt; eine andere Dienststellung hat es ermöglicht, diesen Posten nicht wieder zu besetzen und aus dem Stellenverzeichnis herauszunehmen. — Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Bürt. Gemeindepolizei-Beamtenvereins, worin erucht wird, den Gemeindepolizeibeamten eine Sonderzulage zu gewähren. Begründet wird das Gesuch damit, daß die staatliche Polizei und Landjägersmannschaft eine Sonderzulage von 9 bzw. 6 Mark monatlich erhalten, weil sie bei den heutigen politischen Kämpfen Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen, was auch bei den Gemeindepolizeibeamten der Fall sei. Nach Rücksprache mit den hiesigen Polizeibeamten sind diese mit der Zurückstellung des Schreibens einverstanden. — Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildete eine hocherfreuliche Mitteilung des Vorsitzenden. Der Bau einer Keplersternwarte auf dem Sommerberg, wenn auch vorerst in kleinerem Maßstabe, wird Wahrheit. Der Vorsitzende teilt mit, daß Herr Dr. Paul Kohnagel, Stuttgart, die nötigen Mittel zur Erbauung einer Keplersternwarte auf dem Sommerberg zusammengebracht habe. Der Bau soll nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Heermannsweg zu stehen kommen, sondern rechts vom Waldhotel Rieginger, unweit der Rodelbahn. In Frage kommt zunächst ein dreistöckiger Turm mit Wohnungsanbau; der Bau wird enthalten eine Stern- und Sonnenwarte, Aussichtswarte, Erdbebenwarte und Keplermuseum. Wenn die Mittel vorhanden, soll der Turm später auf sechs Stockwerke erhöht werden. Herr Dr. Kohnagel wird in nächster Zeit hierherkommen und den Bau mit hiesigen Architekten so fördern, daß er bis zu Beginn der nächsten Kurzeit beendet ist. Die Stadtgemeinde stellt den Bauplatz, etwa 10 Ar, wie

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

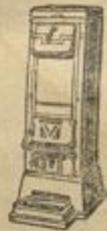
dem Keplerverein gegenüber, im Wege des Erbbaurechts auf 90 Jahre frei zur Verfügung; der jährliche Erbpachtzins beträgt 20 Mark. Die Stadt legt weiter die Gas-, Wasser- und elektrische Stromleitung und später, wenn die Kanalisation auf den Sommerberg gebaut wird, auch den Anschluß an diese; die Kosten hierfür werden auf unter 1000 A berechnet; ebenso stellt sie das Baumaterial (Steine) frei zur Verfügung; der Vorsitzende erklärt, daß es hocherfreulich sei, daß trotz der wirtschaftlichen Lage die Sache zustande komme, wenn auch vorerst in kleinerem Maßstabe, die schrittweise gefördert werden müssen. Von allen Rednern wurde es begrüßt, daß nun doch die Keplersternwarte erbaut wird, wodurch neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen würde und Waldbad eine besondere Anziehungskraft erhalte. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde der Dank an Herrn Dr. Kohnagel ausgesprochen, der auch auf die Person des Herrn Bürgermeisters ausgedehnt wurde; beide Herren haben große Verdienste um das Zustandekommen des Baues der Keplersternwarte auf dem Sommerberg.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5 Uhr. L.

Die Zeit der Barbara-Zweige kommt nun heran. Fast in allen Ländern Europas kennt man die alte Sitte, am Barbaratag Kirchengeweige zu schneiden und diese in Gefäßen mit frischem Wasser im warmen Zimmer aufzustellen. Sie sollen sich dann bis Weihnachten in blühende Zweige verwandeln. In verschiedenen Gegenden sagt man dem Haus für das kommende Jahr Glück voraus, je mehr und je schöner sich die Zweige entwickeln.

Wasserralfinger Öfen

das schwäbische Qualitäts-Erzeugnis



Sparen Brennmaterial, erzielen außerordentlich hohe Heizleistungen

Neuzeitliche Formen inischen Systems, mit und ohne Koch-einrichtung • Kochkachelöfen • Blechmantelöfen für Siedelung und Eigenheim

Öfen für Großraum- und Autohallenheizung



Bezug durch den Ofenhandel

Schwäbische Hüttenwerke & Wasserralfinger (Württemberg)



Kleine Nachrichten aus aller Welt

Glückwunsch Hindenburgs an Lederer. Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Bildhauer Prof. Dr. Hugo Lederer, dem berühmten Schöpfer des Hamburger Bismarckdenkmals und vieler anderer bekannter Werke, telegraphisch die Glückwünsche zu seinem 60. Geburtstag ausgedrückt.

Wegen Unterschlagung wurde in Düsseldorf der Oberpostsekretär Winkeln verhaftet. Winkeln hatte es verstanden, Postanweisungsgelder an sich zu bringen. Es dürfte sich um einen Gesamtbetrag von etwa 30 000 RM. handeln. Er steht außerdem in dem dringenden Verdacht, Markenpakete geraubt zu haben; die veruntreuten Beträge will er zum Teil verwertet haben.

Familiendrama. Aus Nahrungsorgen ist in Schleswig ein Geschäftsmann mit Frau und drei Kindern durch Gift in den Tod gegangen.

Ein Schlauberger. In Bovenkarspel (Holland), dem größten Blumenkohlmärkte der Welt, versteckte ein Landwirt ein Zettelchen in einem großen Blumenkohlkopf mit seiner Aufschrift und dem Vermerk: Dieser Blumenkohl erzielte bei der Versteigerung zwei Cent (5,4 Pfg.); wieviel wird der Verbraucher zahlen müssen? Nach drei Tagen erhielt er von einer Dame aus der Landeshauptstadt Haag die Mitteilung, sie habe 35 Cent (59,5 Pfg.) für den Kopf bezahlen müssen. Um so viel habe sich das Gemüse in der Großstadt verteuert, nachdem es durch mehrere Hände gegangen sei.

Flugzeugabsturz. Ueber der Gordon-Bucht bei Kapstadt ist ein Postflugzeug abgestürzt. Alle vier Insassen fanden den Tod.

Das Wetter

Unter dem Einfluß des über dem Festland liegenden Hochdruckgebietes ist für Donnerstag und Freitag trockenes und zeitweilig heiteres Wetter zu erwarten.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 14. November

Beträchtliche Abnahme der Golddeckung

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der verfloffenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 47,7 auf 3997,6 Mill. RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 48,7 auf 3781,4 Mill. RM. abgenommen, die Lombardbestände um 1,0 Millionen auf 113,4 Mill. RM. zugenommen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 88,1 auf 4.453,5 Mill. RM., derjenige an Rentenanstaltsscheinen um 0,8 auf 413,5 Mill. RM. verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 406,8 Mill. RM. eine Zunahme um 7,9 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 63,3 auf 1.038,0 Mill. RM. und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 8,9 auf 151,3 Mill. RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 26,7 v. H. gegen 27,8 v. H. in der Vormoche.

Berliner Pfundkurs, 17. Nov. 15,94 G., 15,98 B.

Berliner Dollarkurs, 17. Nov. 4,209 G., 4,217 B.

Privatdiskont: 8 v. H. kurz und lang.

Hamburger Silberpreis, 17. Nov. 48,50 B., 44,50 G.

Londoner Goldpreis: 2,796 RM. d. Gramm Feingold.

60 v. H. Golddeckung in Frankreich. Trotsdem Frankreich eine unerhöht hohe Notenausgabe von jetzt noch 82 795 Millionen Franken (13 680 Mill. RM.) hat, sind die Noten und Sichtverbindlichkeiten durch Gold fast zu 60 v. H. gedeckt. Der Goldschatz der Bank von Frankreich ist nämlich nach dem Ausweis der Bank vom 15. Oktober weiter um 2932 auf 67 581 Millionen Franken (11 171 Mill. RM.) angewachsen.

Schützendorf Pepsin-Wein

appetitregend — verdauungsfördernd

Verkaufsstelle:

Hermann Lindenberger, Café, Umlandplatz

Schlafzimmer

Rußbaum pol. mit Marmor und Spiegelschrank

Staubsauger

Elektroluz. äußerst preiswert abzugeben. Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

SCHIEDMAYER

PIANOFORTEFABRIK STUTTGART

zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaulustern nur in

Neckarstraße 12 Eckhaus

Tel. 293 41-42

Miete — Gebraucht-Instrumente — Tausch — Stimmungen — Teilzahlungen

Flügel Pianinos Harmonium

Weißerhaltung, Tonschönheit und Dauerhaftigkeit

An den Advent-Sonntagen von 12-7 Uhr geöffnet

Das ewige Streichholz „Erlkönig“

ersetzt garantiert ca. 20000 Stück Streichhölzer und deckt auf Jahre Ihren Bedarf.

Es rußt nicht, ist vollständig geruchlos, ohne Geschmackbeeinträchtigung und ohne irgendwelchen Mechanismus. Ohne Benzin! Kein Feuerstein. Brennt unabhängig von Wind und Wetter.

Es ist unempfindlich gegen Feuchtigkeit, Hitze, Druck und Stoß. Es ist bruchstark und nur ca. 14 Gramm schwer.

Als einmaliger Vorzugspreis, gültig bis 1. Dezember d. J., 1 Stück 1,65 zuzügl. Portospesen, bei 5 Stück 10% Rabatt. Sammelbestellungen weitere Preisermäßigung.

Alleinhersteller für Europa: Ernst Erier, Halle (Saale)

Gegründet 1908.

Mühlweg 8.

!!Schlager-Tage!!

Nur bis Samstag

Sie erhalten beim Einkauf von:

1/2 Pfund Kaffee

zu 1.30 oder 1.50 oder 1.80 M.

1 Kaffeetasse gratis

1 Liter Hühnermehl Feuerberg, rot oder

1 Liter Edenkoberer, weiß und

1 Weindrömer 95

zusammen nur 95

1 Pfund Kakao und

2 Kaffeetassen, Goldbrand zusammen nur 1.40

1 Pfund Linsen

3 Paar Würstchen zusammen nur 75

2 Pfund Ital. Voll-Reis nur 45

1 Pfund Schnitt-Madeln

1 Pfund Maccaroni zusammen nur 75

Das echte Schwarzwälder Bauernbrot

2 Pfd.-Loib nur 40

und 5% Rabatt

Heute eintreffend:

Frischer Kabeljau

im ganzen Fisch Pfd. 30

Kabeljau-Filet Pfd. 50

Frisch gewässerte Stockfische Pfd. 40

und 5% Rabatt

Plannkuch

LIEDERKRANZ

Heute abend 8.00 Uhr

Singstunde

Eine

kleine

Anzeige

ist besser

als keine

LUCER

LUCER